

Israel hat am gestrigen Tag Luftangriffe auf Damaskus geflogen. Dabei wurde nach Angaben des israelischen Militärs und syrischer Behörden ein Gebäudekomplex beschädigt, in dem sich das Verteidigungsministerium befindet. Auch ein Gebiet in der Nähe des Präsidentenpalasts wurde getroffen.

Die Angriffe folgten auf mehrere Tage blutiger Gefechte zwischen syrischen Regierungstruppen und lokalen Kämpfern in der südlichen Provinz Sweida – dem Zentrum der drusischen Minderheit Syriens, die Israel nach eigenen Angaben schützen will. Die israelische Regierung hatte zuvor mit einer Ausweitung der Angriffe auf syrische Regierungstruppen gedroht, sollte sich diese nicht aus Sweida zurückziehen.

Kurz nach den israelischen Luftschlägen verkündeten die syrischen Behörden eine Waffenruhe in Sweida, die mit örtlichen Führern vereinbart worden sei. Wenig später erklärte US-Außenminister Marco Rubio, die Vereinigten Staaten hätten mit allen beteiligten Parteien zusammengearbeitet, "um dieser beunruhigenden und erschreckenden Situation noch heute Nacht ein Ende zu setzen".

Die diplomatischen Bemühungen zeigten jedoch zunächst wenig Wirkung. Gegen Abend wurden weitere israelische Luftangriffe auf militärische Ziele rund um Damaskus gemeldet.

Zwei Beweggründe für Israels Eingreifen in Südsyrien

Israels Vorgehen in Südsyrien folgt einer doppelten strategischen Logik: Einerseits will Jerusalem verhindern, dass sich iranisch unterstützte Milizen oder islamistische Extremistengruppen in unmittelbarer Nähe zur israelischen Grenze festsetzen. Andererseits zielt das militärische Engagement darauf ab, die drusische Minderheit innerhalb Israels zu beruhigen, die traditionell enge Bindungen zur israelischen Regierung pflegt.

<u>Irans massive Abschiebungen von Afghanen: Eine humanitäre Krise</u>

Täglich überqueren derzeit fast 20.000 Afghanen die Grenze von Iran nach Afghanistan – vertrieben durch gezielte Razzien und eine zunehmende xenophobe Stimmung. Seit Januar wurden nach Angaben der Vereinten Nationen über 1,4 Millionen Afghanen aus dem Iran



ausgewiesen oder zur Rückkehr gezwungen. Es handelt sich um eine der gravierendsten Vertreibungskrisen des vergangenen Jahrzehnts.

"Afghanistan ist wie ein Käfig für Frauen – und wir kehren in diesen Käfig zurück", sagt Khurshid, 17 Jahre alt und die jüngste von drei Schwestern, die nun nach Afghanistan zurückkehren müssen. Dort erwarten sie einige der weltweit strengsten Einschränkungen für Frauen und Mädchen.

Bereitet Trump die Entlassung des Notenbankchefs vor?

US-Präsident Donald Trump soll bei einem Treffen mit republikanischen Abgeordneten einen Entwurf für ein Entlassungsschreiben an Jerome Powell, den Vorsitzenden der Federal Reserve, gezeigt haben. Laut zwei eingeweihten Personen habe Trump die Anwesenden gefragt, ob er Powell tatsächlich entlassen solle.

In den vergangenen Tagen hatte Trump seine Kritik an Powell verschärft. Er wirft ihm vor, die Zinsen nicht zu senken, und forderte wiederholt dessen Rücktritt. Ob Trump die Entlassung tatsächlich durchführt – oder rechtlich überhaupt dazu befugt ist – bleibt unklar. Kein Präsident der neueren US-Geschichte hat jemals versucht, einen Fed-Vorsitzenden vorzeitig abzusetzen. Regierungsinterne Stimmen warnen, dass ein solcher Schritt schwerwiegendere Konsequenzen hätte, als Trump offenbar erkennt.

Weitere Schlagzeilen des Tages



- Gazastreifen: Mindestens 20 Menschen starben bei einer Massenpanik vor einer Lebensmittelausgabestelle.
- Israel: Der US-Botschafter Mike Huckabee nahm überraschend an einem Verhandlungstag im Korruptionsprozess gegen Premierminister Benjamin Netanjahu teil.
- Kanada: Premierminister Trudeau will Stahlimporte aus China und anderen Ländern blockieren, die wegen US-Zöllen verstärkt nach Kanada ausweichen.
- USA: Trump kritisierte eigene Unterstützer, die den Umgang seiner Regierung mit den Ermittlungen im Epstein-Fall in Frage stellen.
- Iran: Frankreichs Außenminister erklärte, Paris, London und Berlin würden UN-Sanktionen gegen Iran wieder in Kraft setzen, falls bis Ende nächsten Monats keine Fortschritte im Atomabkommen erzielt werden.
- Künstliche Intelligenz: China investiert Milliarden, um den technologischen Rückstand gegenüber den USA im Bereich KI aufzuholen.
- Russland: Trotz neuer Spannungen mit den USA gibt es keine Anzeichen dafür, dass Moskau seine Linie im Ukraine-Konflikt überdenkt.
- Migration: Die USA haben wieder begonnen, Migranten in Drittstaaten abzuschieben fünf Personen wurden nach Eswatini in Südafrika ausgeflogen.
- Wirtschaft: Nvidia-CEO Jensen Huang warb bei einer Pressekonferenz in Peking für mehr Zusammenarbeit zwischen China und den USA im Bereich KI.
- Florida: In einem provisorisch errichteten Abschiebezentrum, das von Insassen "Alligator Alcatraz" genannt wird, herrschen laut Berichten mangelhafte Bedingungen.

Autor: P. Tiko